

Haushaltsrede am 11.12.2008; es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

dass ich hier einmal stehen würde, um den Haushalt der Stadt Remscheid einzubringen habe ich mir zu keinem Zeitpunkt vorstellen können. Ich komme dieser Aufgabe aber nach, weil ich es als meine Pflicht sehe, dieser Stadt insbesondere dann mit ganzer Kraft zu diesen, wenn die Situation besonders schwierig ist.

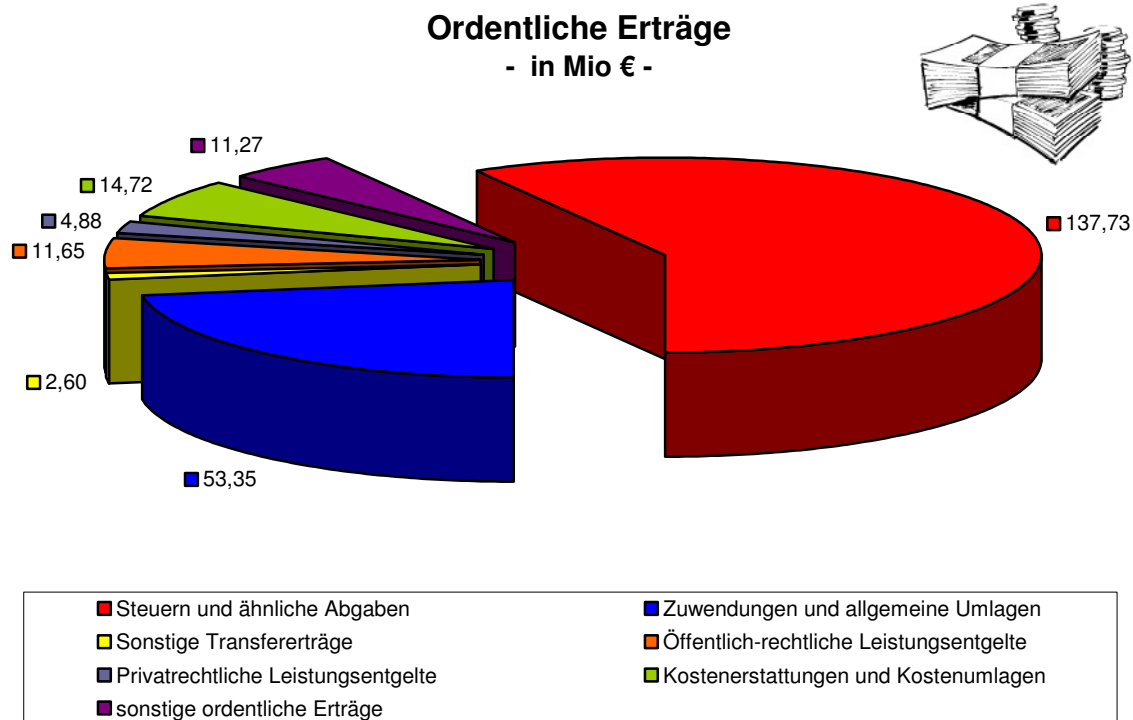
Gleichwohl hoffe ich sehr, dass beim nächsten Haushalt an dieser Stelle jemand anderes steht und somit das Team des Verwaltungsvorstandes auch wieder komplett ist.

Womit ich dazu komme, mich zu bedanken. Die letzten Monate waren nicht einfach, sowohl für mich nicht als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause. Ich möchte mich bei ihnen für das, was ich ihnen abverlangt habe, entschuldigen und gleichzeitig für ihren klasse Einsatz bedanken. Ohne sie hätte ich das Pensum der letzten Monate nicht leisten können.

Meine Damen und Herren, die Haushaltssituation der Stadt Remscheid ist weiterhin dramatisch. Der Haushaltsplan des kommenden Jahres weist im Gesamtergebnisplan ein Defizit von 73 Mio. € aus.

Erträgen von ca. 236 Mio. € stehen Aufwendungen in Höhe von ca. 309 Mio. € gegenüber.

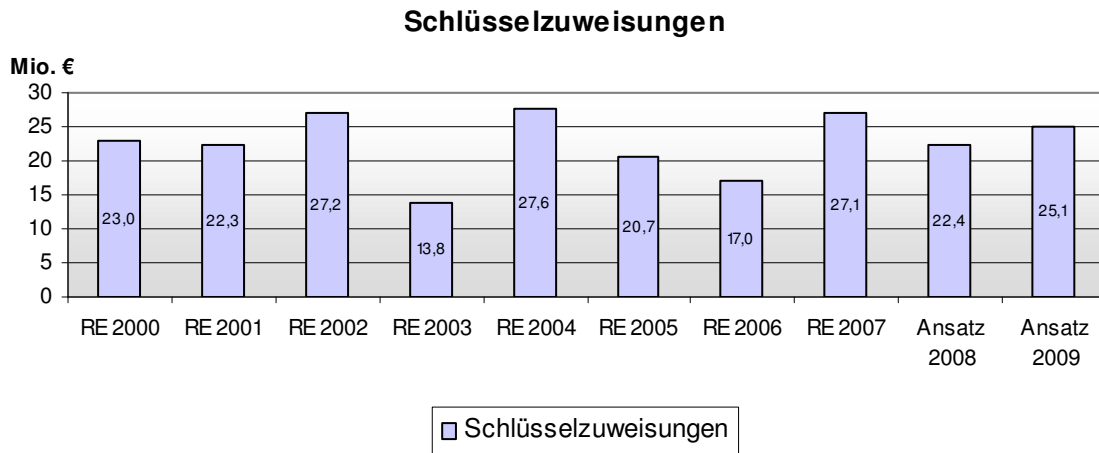
Zu den Erträgen:
(Folie 1, Erträge)



Darin sind Steuereinnahmen in Höhe von 137 Mio.€ enthalten, 53,5 Mio.€ an privaten Leistungsentgelten, knapp 15 Mio an Umlagen und Erstattungen, 11,65 Mio.€ an öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten und ca. 19 Mio. an weiteren Einnahmen.

Wir haben die Gewerbesteuereinnahmen 2009 zurückhaltend kalkuliert. Die Einschätzungen gehen – auch hier im Haus – auseinander. Ich habe nicht die noch positive Entwicklung 2008 zur Grundlage gemacht. Die allgemeinen konjunkturellen Prognosen lassen für das kommende Jahr einiges befürchten. Ob die bisher beschlossenen Maßnahmen zur konjunkturellen Belebung greifen, mag ich heute nicht abschätzen. Die Tatsache, dass bereits jetzt in Berlin über ein weiteres Paket diskutiert wird, lässt Zweifel zu. Wir werden die Gesamtentwicklung abwarten und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Aktualisierungen der Einplanung vornehmen.

Meine Damen und Herren,
 die allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Landes steigen.
 (Folie 2, Schlüsselzuweisungen)



Wir rechnen neben den allgemeinen Zuweisungen mit weiteren, so die Sport- und Schulpauschale, Mittel für die Offene Ganztagsgrundschule usw. Insgesamt rechnen wir bei den maßgeblichen Zuwendungen und Umlagen mit Erträgen in Höhe von 53,4 Mio.€.

(Folie 3, wesentliche Zuwendungen 2008 ff)

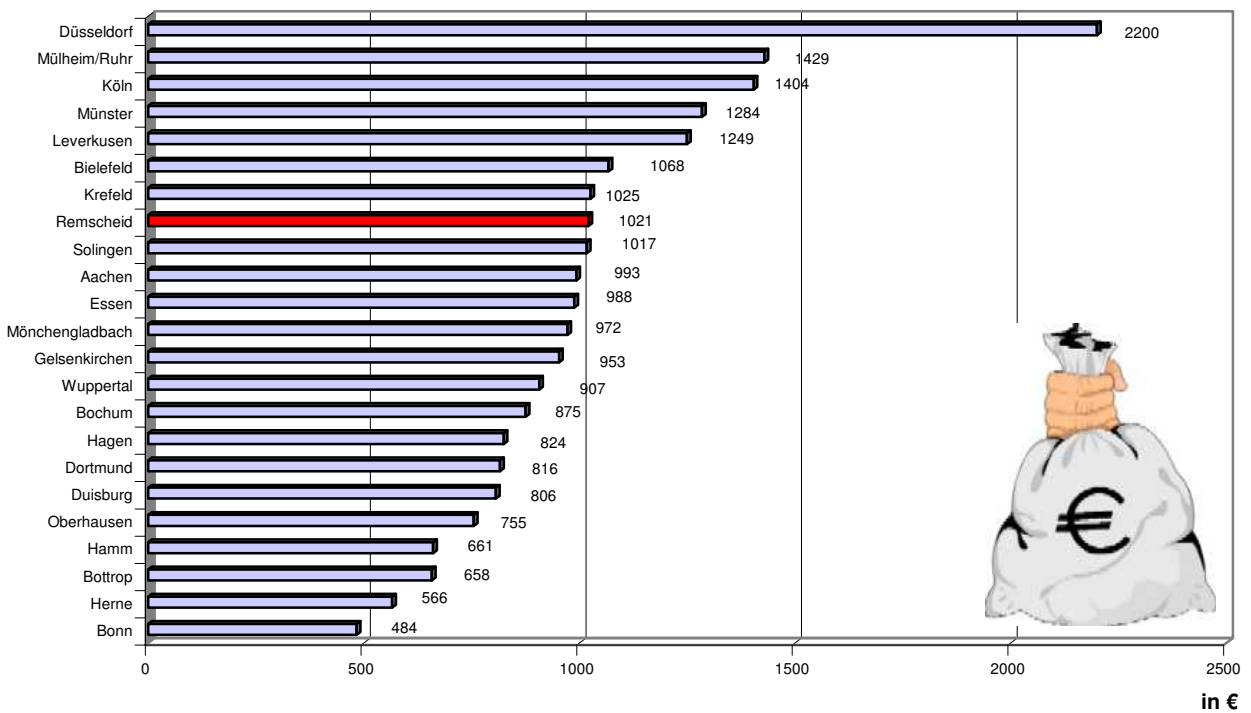
| Bezeichnung | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Schlüsselzuweisungen | 22.4 | 25.1 | 25.4 | 26.2 | 26.8 |
| Schlüsselzuweisung. Fond Dt. Einheit | 4.3 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuweisg. v. Land lfd. Zwecke - sonstiges | 8.2 | 9.2 | 9.2 | 9.2 | 9.0 |
| Zuweisg. v. Land für OGGS | 1.6 | 1.8 | 1.9 | 2.0 | 2.0 |
| Zuweisg. v. Land für Stadtumbau West | 0.4 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Zuweisg. v. Land - Schulpauschale | 3.9 | 3.2 | 2.9 | 3 | 3.2 |
| Zuweisg. v. Land - Sportpauschale | 0 | 0.3 | 0.3 | 0.3 | 0.3 |
| Ertrag. a. d. Auflösung. von SoPo*. | 7.7 | 7.8 | 8.5 | 9.3 | 9.3 |
| Leistungsbeteiligung. Arge | 6.6 | 5.7 | 5.7 | 5.7 | 5.7 |
| Endergebnis Zeile 02 = | 55.8 | 53.4 | 54.4 | 56.0 | 56.6 |

Die Verbesserung der Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr ist auch ein Indikator einer stagnierenden Steuerkraftmesszahl. Während andere Städte in NRW ihre Werte im Landesdurchschnitt um 3,8% verbessert haben, stagniert der Remscheider Wert. Remscheid liegt mit einem Wert von 1.021 €/Einwohner an 8.Stelle, Düsseldorf mit 2.200 € auf Platz 1.

(Folie 4, Steuerkraft)

Steuerkraft pro Einwohner 2009
- kreisfreie Städte -

Quelle: LDS NRW
Festsetzung 2009

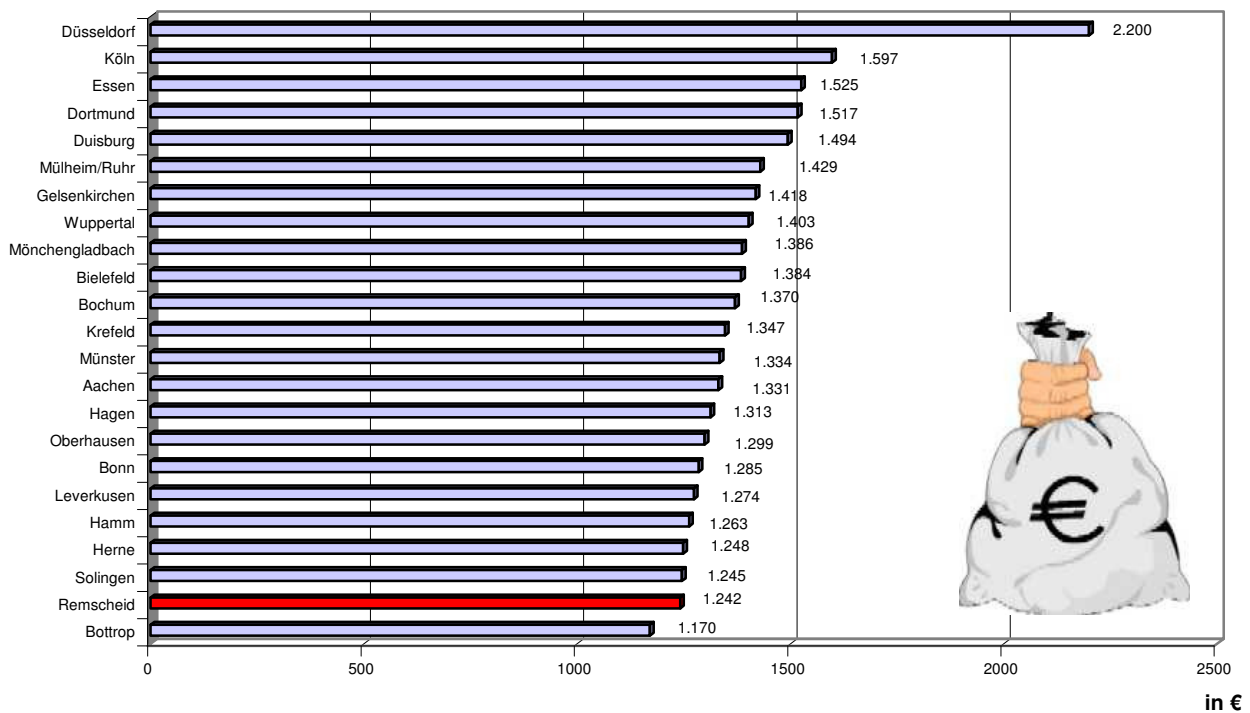


Nimmt man aber die Schlüsselzuweisungen hinzu, liegt Remscheid an vorletzter Stelle und hat sich sogar noch um einen Platz verschlechtert. Daran kann man die Schieflage der Gemeindefinanzierung in NRW verdeutlichen, die kleinere Städte massiv benachteiligt.

(Folie 5, Finanzkraft je Einwohner)

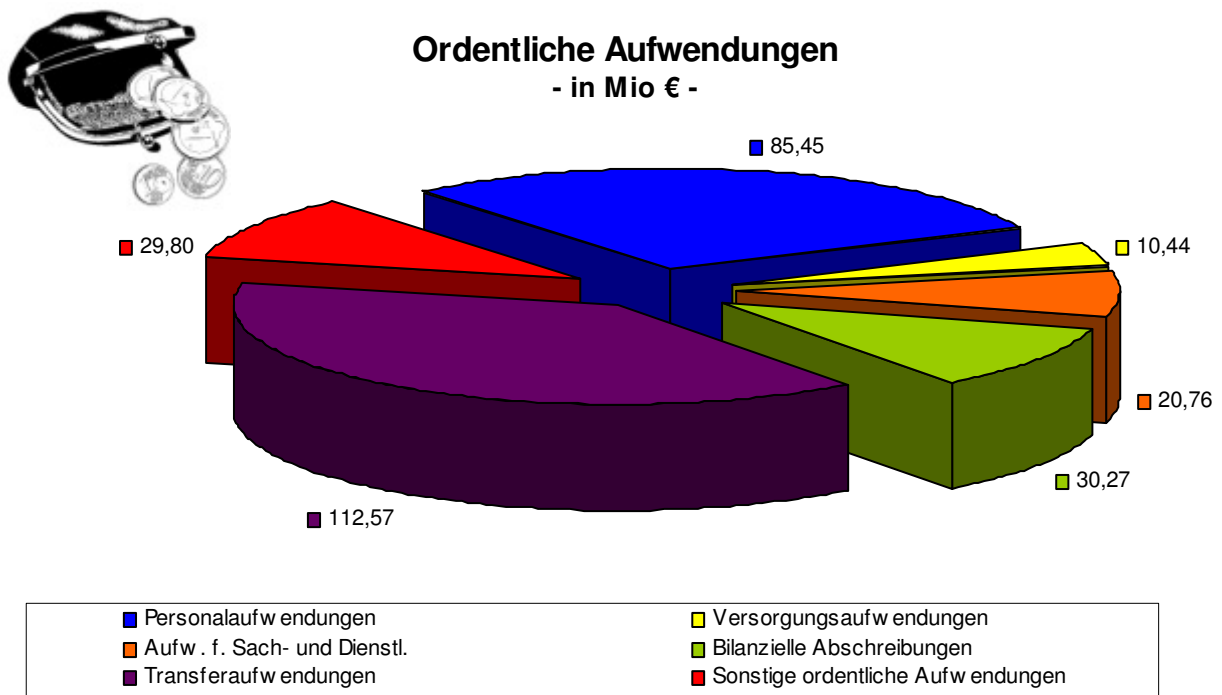
Finanzkraft pro Einwohner 2009 - kreisfreie Städte -

Quelle: LDS NRW
Festsetzung 2009



Kommen wir zu den Aufwendungen:

(Folie 6, Aufwand)



Lassen Sie mich zu einigen Aspekten auch hier etwas erläutern:

Meine Damen und Herren,

das Defizit des Haushalts umfasst etwa 73 Mio.€.

30 Mio.€ sind Abschreibungen, sind also Werteverzehr des Vermögens der Stadt. Weitere 24 Mio.€ müssen wir für Kredite aufbringen. Wir finanzieren damit im wesentlichen die Zinsen für die Kassenkredite, mit denen wir wiederum alle erforderlichen Ausgaben bezahlen. Wir brauchen diese Kredite, denn wir geben z.Zt. das Geld aus, das wir Anfang 2010 einnehmen werden.

Ich will nicht sagen „lediglich“, aber 26% des Defizits sind konkrete Mehrausgaben gegenüber den Erträgen. Auf die Dramatik dieser Zahlen komme ich noch einmal zurück.

Die Personalausgaben sind nach wie vor einer der dominierenden Positionen im Bereich des Aufwandes. Um ein vergleichbares Bild gegenüber den Vorjahren und dem Rechnungsergebnis 2007 zu erhalten, muss der Wert 2009 um einige Faktoren bereinigt werden:

Die Tarifabschlüsse 2008/09 führen zu Mehraufwendungen in Höhe von 5,6 Mio.€.

Das städtische Personal der Alten- und Pflegeheime wird von der gemeinsamen

Gesellschaft „Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid“ zu 100% refinanziert. Die Übertragung der Versorgungsverwaltung und von Umweltaufgaben durch das Land belastet die Stadt mit 200 TSD €.

Die Personalmehrkosten des neuen Kindergartengesetzes KIBIZ liegen brutto bei ca. 1,3 Mio. €.

Hätte man 2009 die gleiche Personal- und somit Ausgabenstruktur wie 2007, käme man zu einer Ansatzreduzierung von fast 3 Mio. €. Diese bereinigten Vergleichszahlen dokumentieren den umgesetzten Stellenabbau, der im übrigen schon vor dem 60-Stellen-Paket begonnen hat.

Zu den Transferleistungen:

Mit Transferleistungen werden alle Ausgaben umschrieben, die von Remscheid geleistet werden, ohne dass die Stadt damit einen Anspruch auf konkrete Gegenleistungen erwirbt. Somit beruhen sie nicht auf einem Leistungsaustausch.

Größter Ausgabenblock bei den Transferleistungen ist das Jugend- und Sozialbudget. Gesamtausgaben von 71,1 Mio.€ stehen Erträge von 32 Mio. € entgegen. Rechnet man die Personalkostenerstattungen der ARGE, die Erstattungen Wohngeld des Landes und die Entlastung durch den Waldhof hinzu, verbleiben Netto-Ausgaben von 32,6 Mio.€ und somit eine Steigerung gegenüber dem Ansatz 2008 um 3,3 Mio.€.

Meine Damen und Herren,

Wenn Aufwendungen für Hilfeleistungen steigen, sind dies Indikatoren für die Lebenssituation vieler Menschen in unserer Stadt. Die Zahl der Familien, die Hilfen benötigen, steigt – im übrigen nicht nur in Remscheid – kontinuierlich.

Die demografische Entwicklung prognostiziert Remscheid eine zunehmend ältere Bevölkerung. Dies wirkt sich auf den Haushalt aus. Die Leistungen nach dem SGB XII steigen seit Jahren kontinuierlich an. Ich möchte an dieser Stelle aber ein klares JA zu diesen Leistungen aussprechen. Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, haben ein Recht auf Solidarität der Gemeinschaft.

Gleiches gilt für diejenigen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen. 24 Mio. € gibt die Stadt hierfür aus und erzielt Erstattungen in Höhe von ca. 6 Mio.€. Aus einer ursprünglich geplanten Nettoentlastung unserer Stadt ist eine massive Mehrbelastung geworden. Die Erstattungen des Bundes für die Kosten der Unterkunft sinken kontinuierlich. Für das kommende Jahr ist ein Prozentsatz von gut 25% beschlossen, das sind Ertragsminderungen in Höhe von etwa 700 TSD €. Das Land reduziert kontinuierlich den

Erstattungsbetrag Wohngeld, aktuell um weitere 170 TSD €. Dagegen klagen mehrere Städte in NRW, Remscheid auch.

Deutlich wird an diesen Zahlen immer wieder die Abhängigkeit des Remscheider Haushaltes von Entscheidungen an anderer Stelle. Auf die geplante Reduzierung der Fördersätze für den kommunalen Straßenbau, die eine Erhöhung des städtischen Eigenanteils von 15% zur Folge hätten, hat die Oberbürgermeisterin mit einem gemeinsamen Brief mit ihrem Solinger Amtskollegen bereits reagiert.

Meine Damen und Herren,

vor einigen Tagen hat die Oberbürgermeisterin die ersten Ergebnisse zur Umsetzung der Maßnahmen vorgestellt, die zum Rödl-Gutachten beschlossen worden sind. Z.Zt. prognostiziert das Projektbüro Verbesserungen von ca. 2 Mio. €/Jahr. Die bereits erzielten Ergebnisse wurden in die Haushaltsplanungen mit einbezogen, sei es durch Aufwandsreduzierungen oder durch Ertragsanpassungen. Dazu gehören auch die Beschlüsse zum 60-Stellen-Paket, eine Maßnahme, die über das Rödl-Gutachten hinausgeht.

Seit kurzem liegt auch der Endbericht der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt auf dem Tisch. Die gpa hat Potentiale in Höhe von 13,6 Mio. € ermittelt. Diese Potentiale müssen jetzt abgearbeitet werden – und zwar umgehend. Eine monatelange Hängepartie hilft uns nicht weiter und lähmt die Prozesse im Haus. Es soll in vier Schwerpunkten vorgegangen werden. Wir werden mit unseren Nachbarn über vergleichbare Ergebnisse beraten und überlegen, wie wir gemeinsam Schwerpunkte anpacken können. Die gpa-Vorschläge werden im Rahmen der örtlichen Haushaltssicherung mit den Rödl-Maßnahmen abgeglichen und in der gleichen Projektarchitektur bearbeitet. Das Gutachten wird Bestandteil der örtlichen Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Und wir werden den interkommunalen Austausch mit anderen Städten führen.

Alle umsetzbaren Potentiale werden in das im Juni beschlossene und fortzuschreibende Haushaltssicherungskonzept einfließen.

Ich behalte mir auch aus diesem Grund für den Haushalt 2009 eine Haushaltssperre vor. Über sie werde ich in der kommenden Woche mit dem Verwaltungsvorstand beraten. Sie wird nicht linear sein, denn wir müssen gesetzliche wie vertragliche Leistungen sicherstellen. Auch die Träger und Vereine, die wichtige Arbeit für unsere Stadt leisten,

sind auf eine verlässliche Finanzierung angewiesen. Da auch deren Kosten steigen, wir aber die Förderungen nicht erhöhen können, geraten sie ohnehin zunehmend in schwierige Finanzsituationen.

Die Haushaltssperre soll zweierlei bewirken. Ich möchte erreichen, dass wir weitere Einsparziele erreichen. Zum anderen möchte ich den einzelnen Fachbereichen die Chance geben, sehr zeitnah die gpa-Potentiale, die sinnvoll und verantwortbar sind, abzuarbeiten. Danach bin ich bereit, diese Sperre auch wieder aufzuheben.

Größere Potentiale könnten sich aus einer bergischen Zusammenarbeit ergeben. Der Verwaltungsvorstand ist sich darin einig, die Arbeitsgruppe „kreatives Sparen“ von Wirtschaftsuniern, Politik, Verbänden und Verwaltung ebenfalls: man kann Dinge miteinander tun, ohne die kommunale Identität in Frage zu stellen. Man hat uns Remscheidern in der Vergangenheit ja den Vorwurf gemacht, wir hätten uns diesbezüglich nicht bewegt. Meine klare Botschaft an unsere Nachbarn ist: Wir sind bereit, Motor einer solchen Zusammenarbeit zu sein. Der heute zu treffende Beschluss, bis Ende 2009 ein gemeinsames Lebensmittelüberwachungs- und Veterinäramt zu entwickeln, ist dafür ein Beispiel. Wir haben den Nachbarn weitere Handlungsoptionen unterbreitet und wollen den gemeinsamen Erfolg. Dienstleistungen für die Menschen müssen vor Ort erreichbar sein, die internen Arbeiten kann man noch enger als bisher miteinander erbringen.

Meine Damen und Herren,

die Arbeiten der kommenden Monate sind zusätzliche Belastung. Wir werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses einiges abverlangen; wir tun es schon heute. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen hier im Haus bedanken. Ich habe gerade in den letzten Monaten vielfältige Erfahrungen gemacht, dass alle bereit sind, mit anzupacken. Wir sind Dienstleister in einem Mischwarenkonzern. Feuerwehrleute, Forstarbeiter, Erzieherinnen und Ingenieure, Experten für Sozialrecht und Hausmeister und viele mehr. Sie gemeinsam sind die ca. 1900 Menschen, die hier arbeiten. Nehmen Sie bei Ihren Beratungen zum Haushalt und zu weiteren Einsparpotentialen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit. Mit ihnen gemeinsam können wir Dinge bewegen, nicht gegen sie.

Alleine, so die Ergebnisse von Rödl und gpa, kommen wir nicht aus der Schuldenfalle heraus. Dies ist keine Ausrede, sondern eine nüchterne Feststellung. Im Oktober haben wir den Entwurf der Eröffnungsbilanz in den Rat eingebracht. Wir haben eine

Eigenkapitalquote, die in den kommenden 4 Jahren positiv bleibt, so zumindest nach den heutigen Eckdaten der mittelfristigen Finanzplanung. Mitte 2013 sind auch bei uns alle Reserven aufgebraucht.

Meine Damen und Herren, 73 Mio. € Defizit, davon 30 Mio Abschreibung und 24 Mio. Zinsen. Ich erinnere an die schwierige Diskussion um die Schließung der Bürgerbüros und der Stadtteilbibliothek in Lüttringhausen. Wir müssen nur nach Oberhausen schauen, um zu erleben, was uns an Auseinandersetzungen noch blühen könnte. Und zwar in nicht allzu ferner Zukunft.

Während wir hier kaum noch Handlungsspielraum haben, steigen die Belastungen durch Änderungen überörtlicher Rahmenbedingungen immer wieder, ohne dass wir einen Mehrwert davon hätten.

In der vergangenen Woche hatte ich die Möglichkeit, im kommunalpolitischen Arbeitskreis der SPD-Bundestagsfraktion auf die Lage der Städte im bergischen Städtedreieck hinzuweisen. Ich war froh über diese Möglichkeit. Es gab viel Verständnis, aber auch Zuständigkeitsdiskussionen und –zum Glück nur wenige- Beiträge, dass die Kommunen im Schnitt erhebliche Mehreinnahmen hätten und man klar kommen müsse.

Wir brauchen eine konzertierte Aktion von Bund und Land, um den Kommunen, die sich in einer schwierigen Situation befinden, zu helfen. Frau Rühl, meine Bitte um Unterstützung geht genauso an Sie wie an Herrn Kucharczyk. Wir brauchen Lösungen, keine weiteren Belastungen. Die Verfassung fordert gleiche Chancen für alle Menschen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: sag mir, wo du wohnst und ich sage dir, wie hoch deine Kindergartengebühren sind, wie hoch deine Grundabgaben, wie die Bildungs- und Kulturlandschaft aussieht, wie die Grünflächen, wie die Straßen.

Als die Banken in dramatische Schieflage gerieten, wurden riesige Rettungspakete innerhalb weniger Tage auf die Beine gestellt. Als Autobauer um Hilfe riefen, diskutierten Bundes- und Landesregierung sofort, wie man aus der Krise kommen könnte. Die Städte rufen seit Jahren nach Hilfe. Angekommen ist bisher nichts.

Aber auch wir befinden uns im Strukturwandel. Es sind ja gar nicht alle Kommunen, die sich in einer vergleichbaren Lage befinden. Es sind die, die eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung haben, die in den letzten Jahren einige tausend Arbeitsplätze verloren haben, bei denen die Sozialausgaben in den letzten Jahren gestiegen sind, deren Bevölkerung älter wird.

Wir brauchen Hilfe durch ein Entschuldungsprogramm. Wir können nicht damit drohen, Personal zu entlassen oder unsere Produktion wochenlang einzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf diese Dienstleistungen. In die Kommunen zu investieren ist auch ein Konjunkturprogramm. Wir beauftragen die Sanierung von Gebäuden, die Reparatur von Straßen, die Pflege von Grünanlagen. Diese Investitionen stärken die lokale Ökonomie und damit die kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Meine Damen und Herren, das Image unserer Stadt liegt mir sehr am Herzen. Das Bild, das wir im zurückliegenden Jahr nach außen hinterlassen haben, wurde dieser Stadt nicht immer gerecht. Dieses Bild darf sich nicht verfestigen.

In der vergangenen Woche habe ich in der von der Oberbürgermeisterin geleiteten Runde mit der Wirtschaft und den Verbänden gesagt, dass es Remscheid insgesamt in etwa so geht wie der unteren Alleestraße. Alle sagen, es müsse was geschehen, weil sie so unattraktiv sei. Passieren tut nichts, aber die Meinung, dass sie unattraktiv ist, verfestigt sich immer mehr. Und quasi zur Bestätigung dessen tritt noch genau das ein, was alle verhindern wollten. Die letzten Anker gehen. Selbsterfüllende Prophezeiungen nennt man so etwas.

Das müssen wir für Remscheid vermeiden. Die Stadt ist attraktiv, wir wohnen im Bergischen ideal, haben im Umkreis Großstädte wie Köln und Düsseldorf, mehrere Bundesligastadien, Flüsse und Seen und viel Grün-, Freizeit – und Erholungsflächen. Noch schöner kann man kaum wohnen.

Wir müssen unsere Stadt stark machen, attraktiv und lebenswert. Wir müssen die Familien ansprechen und sie gezielt unterstützen. Wir brauchen mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Das alles erhöht nicht nur die positive Bindung an die Stadt, sondern reduziert auch unsere Transferausgaben, die uns schier auffressen.

Wir brauchen mehr Werberinnen und Werber für unsere Stadt. Idealerweise sind es 115.000, nämlich alle, die hier leben. Lassen Sie uns alle, die wir heute Abend hier sind, miteinander anfangen.

Wir wollen investieren, wollen uns Schwerpunkte setzen. Nicht alles wird möglich sein. Aber das, was wir uns vornehmen, soll attraktiv werden. Bildung ist das Schlüsselthema. Der Ausbau der Betreuung der unter dreijährigen sowie die Investition in die Menschen der weiterführenden Schulen werden dies unterstreichen. Wir wollen Möglichkeiten zur Entwicklung von Gewerbeflächen eröffnen. Und wir wollen mit dem Landesprogramm Stadtumbau West, das kommunale Komplementärfinanzierungen erfordert, die

Remscheider Innenstadt nach vorne bringen. Das sind Kraftakte, die viele Ressourcen binden. Sie sind aber gleichermaßen erforderlich wie sinnvoll.

Wir müssen und werden unsere Stadt pflegen und instandsetzen. Nicht alles gleichzeitig, aber kontinuierlich und verlässlich. Dazu gibt es umfangreiche Programme. Die Verwaltung wird Ideen entwickeln, Alternativen ausarbeiten, Konzepte umsetzen.

Meine Damen und Herren,

Es ist Aufgabe des Rates und seiner Fachausschüsse, Ziele zu beschreiben und festzulegen. Wie viel Bildung, wie viel Straßenbau, wie viel Kultur, wie viel Grünflächen wollen wir künftig ? Und wie soll unsere Stadt in 10 Jahren aussehen, welche Rolle will sie im Bergischen einnehmen? Wie stellen wir uns auf die demografische Entwicklung ein? Wie werben wir für unsere Stadt, die aller Voraussicht nach kleiner, älter und bunter wird? Die Oberbürgermeisterin hat einen Diskussionsprozess zur integrierten Stadtentwicklung initiiert. In diesem Prozess liegt die Chance, eben diese Diskussion gemeinsam mit den Menschen in unserer Stadt zu führen. Führen wir sie gemeinsam, ergebnisorientiert und erfolgreich, dann bin ich um die Zukunft unserer Stadt nicht bange.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.